



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI
Ispektorato federale degli impianti a corrente forte ESTI
Inspecturat federal d'installaziuns a current ferm ESTI

Hauptsitz / siège / sede principale
Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung / succursale
ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Mitteilung / Communication / Comunicazione

Allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe

(Voraussetzungen für ihre Erteilung, Änderung der Bewilligung, Ersatzbewilligung, Strafbarkeit nach Art. 42 NIV, Widerruf der Bewilligung)

1. Einleitung

Jeder Betrieb, der die Erstellung, Änderung oder Instandstellung von elektrischen Installationen, die unter den Geltungsbereich der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV; SR 734.27) fallen, seinen Betriebsangehörigen überträgt, braucht eine allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe des Eidgenössischen Starkstrominspektorats ESTI (vgl. Art. 6 ff. NIV).

Die NIV sieht diese Bewilligungspflicht vor, um Gefahren und Schäden, die durch elektrische Installationen entstehen können, zu vermeiden. Nur wer fachkundig im Sinne von Art. 8 NIV ist, mithin eine qualifizierte Ausbildung absolviert hat, kann in einem Betrieb die technische Aufsicht wirksam ausüben, um diesen Zweck zu erfüllen. Die Missachtung der Bewilligungspflicht ist unter Strafe gestellt (vgl. Art. 42 Bst. a NIV).

Nachfolgend wird erläutert, welche Voraussetzungen ein Elektro-Installationsbetrieb erfüllen muss, damit ihm eine solche Bewilligung erteilt werden kann. Ferner wird dargelegt, in welchen Fällen eine Änderung der Bewilligung bzw. eine Ersatzbewilligung nötig ist. Schliesslich wird aufgezeigt, wozu die Bewilligung den Betrieb berechtigt resp. nicht berechtigt (Strafbarkeit) und in welchen Fällen die Bewilligung widerrufen wird.

2. Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung

Betriebe erhalten die allgemeine Installationsbewilligung, wenn sie eine fachkundige Person beschäftigen, die in den Betrieb so eingegliedert ist, dass sie die technische Aufsicht über die Installationsarbeiten wirk-

sam ausüben kann (fachkundiger Leiter). Zudem müssen die Betriebe Gewähr bieten, dass sie die Vorschriften der NIV einhalten (Art. 9 Abs. 1 NIV).

Pro 20 in der Installation beschäftigte Elektro-Kontrolleure/Chefmonteurs (heute: Elektro-Sicherheitsberater), Elektromonteurs, Montage-Elektriker, Lernende oder Hilfskräfte müssen die Betriebe mindestens eine fachkundige Person vollzeitlich beschäftigen, welche die technische Aufsicht ausübt (vgl. Art. 10 Abs. 1 NIV). Die Teilzeitbeschäftigung des fachkundigen Leiters ist unter gewissen Voraussetzungen zulässig, wobei diesbezüglich auf die ESTI-Mitteilung im Bulletin SEV/VSE 13/2008 verwiesen wird (www.esti.admin.ch > Dokumentation > ESTI-Mitteilungen > Teilzeitbeschäftigung des fachkundigen Leiters in einem Elektro-Installationsbetrieb; Voraussetzungen und Kontrolle).

Der Betrieb, der um Erteilung der allgemeinen Installationsbewilligung ersucht, hat beim ESTI ein vollständiges Gesuch einzureichen. Das Gesuchsformular steht im Internet zur Verfügung (www.esti.admin.ch > Dokumentation > Formulare > NIV).

Gestützt auf die eingereichten Unterlagen prüft das ESTI die Einhaltung der Voraussetzungen. Nötigenfalls trifft das ESTI weitere Abklärungen, indem es beispielsweise ein Gespräch mit der im Gesuch erwähnten fachkundigen Person im Pensionsalter durchführt, um zu prüfen, ob diese die technische Aufsicht noch wirksam ausüben kann (siehe zur Zulässigkeit: www.esti.admin.ch > Dokumentation > ESTI-Mitteilungen > Allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe und Wirksamkeit der technischen Aufsicht, Grundlegende Entscheidung der Eidgenössischen Rekurs-

kommission für Infrastruktur und Umwelt [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Sind sämtliche Voraussetzungen erfüllt, erteilt das ESTI dem Betrieb die allgemeine Installationsbewilligung.

Die Erteilung der Bewilligung ist gebührenpflichtig. Die aktuellen Gebührensätze für Bewilligungen nach NIV sind im Internet abrufbar (www.esti.admin.ch > Dokumentation > Gebühren > Gebührenansätze für Bewilligungen nach NIV).

3. Änderung der Installationsbewilligung

Sobald ein Betrieb im Besitz der allgemeinen Installationsbewilligung ist, ist er als Bewilligungsinhaber für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Gemäss Art. 19 Abs. 1 NIV muss er dem ESTI innert 2 Wochen jede Tatsache melden, die eine Änderung der Installationsbewilligung erfordert. Solche Tatsachen können sein:

- Änderung des Firmennamens;
- Adressänderung;
- wesentliche Änderung der Betriebsorganisation, die sich auf den Beschäftigungsgrad des fachkundigen Leiters/der fachkundigen Leiter auswirkt;
- Ausscheiden von fachkundigen Personen, die in der Bewilligung aufgeführt sind;
- Anstellung von zusätzlichen fachkundigen Personen, die gegenüber den Netzbetreiberinnen unterschriftsberechtigt sein sollen.

Diese Tatsachen sind dem ESTI ebenfalls mittels Gesuchsformular (siehe oben) zu melden.

Das ESTI prüft sodann, ob der Bewilligungsinhaber die Vorschriften der NIV auch mit Vorliegen dieser neuen Tatsachen einhält. Sind die Voraussetzungen erfüllt, ändert das ESTI die Bewilligung dem Antrag entsprechend.

Die Änderung der Bewilligung ist ebenfalls gebührenpflichtig (siehe oben).

4. Ersatzbewilligung

Es kann vorkommen, dass ein Betrieb vorübergehend keine fachkundige Person beschäftigt, z.B. weil diese den Betrieb verlassen hat und der Betrieb noch keine neue fachkundige Person anstellen konnte, oder weil das ESTI festgestellt hat, dass die fachkundige Person im Pensionsalter nicht mehr über ausreichende technische Kenntnisse verfügt, damit die technische Aufsicht wirksam ist und die Suche nach einer neuen fachkundigen Person noch nicht erfolgreich war. Damit der Betrieb trotzdem berechtigt bleibt, Installationsarbeiten auszuführen, kann ihm das ESTI eine Ersatzbewilligung erteilen (vgl. Art. 11 NIV).

Voraussetzung ist, dass der Betrieb mindestens einen Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) oder eine Person beschäftigt, welche die Voraussetzungen als Betriebselektriker (Art. 13) erfüllt (vgl. Art. 11 Abs. 1 NIV). Zudem muss diese Person im Betrieb vollzeitlich angestellt sein und sie darf nicht mehr als 20 in der Installation tätige Betriebsangehörige beaufsichtigen (vgl. Art. 10 Abs. 1 NIV).

Der Betrieb hat beim ESTI ein vollständiges Gesuch um Erteilung einer Ersatzbewilligung mittels Gesuchsformular, welches ebenfalls im Internet zugänglich ist (siehe oben), einzureichen.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wird dem Betrieb die Ersatzbewilligung für 6 Monate erteilt; sie kann um höchstens 6 Monate verlängert werden (Art. 11 Abs. 2 NIV). Danach ist eine nochmalige Verlängerung der Bewilligung ausgeschlossen, denn dies würde dem Zweck der NIV – die Vermeidung von Gefahren und Schäden, die durch elektrische Installationen entstehen können – widersprechen (vgl. Entscheid A-5837/2008 des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. April 2009).

Die Erteilung der Ersatzbewilligung sowie deren Verlängerung sind ebenfalls gebührenpflichtig (siehe oben).

Der Betrieb ist während der Gültigkeitsdauer der Ersatzbewilligung berechtigt, unter der technischen Leitung der in der Bewilligung aufgeführten Person sämtliche Installationsarbeiten auszuführen. Die Schlusskontrolle nach Art. 24 Abs. 2 NIV muss jedoch nach wie vor ein Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) oder eine fachkundige Person durchführen.

Solange der Betrieb eine Ersatzbewilligung besitzt, muss das ESTI dessen Installationsfähigkeit besonders beaufsichtigen. Der Inhaber der Ersatzbewilligung trägt die Kosten (vgl. Art. 11 Abs. 3 NIV). Dieser Aufgabe kommt das ESTI nach, indem es innerhalb der 6-monatigen Gültigkeitsdauer der Bewilligung den Betrieb mindestens 1-mal inspiziert. Anlässlich dieser Inspektion kontrolliert das ESTI, ob der Betrieb die Vorschriften der NIV einhält, insbesondere ob er nach den anerkannten Regeln der Technik installiert. Zu diesem Zweck werden die ausgeführten Arbeiten vom ESTI stichprobenweise kontrolliert. Die Verantwortung für die richtige Ausführung von Installationsarbeiten liegt aber stets beim Betrieb resp. dessen Personal.

5. Ausführen von Installationsarbeiten – Strafbarkeit nach Art. 42 NIV

Nach Art. 42 Bst. a NIV wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig Installationsarbeiten ohne die dafür notwendige Bewilligung (Art. 6) ausführt. Jeder Betrieb benötigt deshalb für das Ausführen von Installationsarbeiten eine Bewilligung. Andernfalls macht er sich strafbar.

Die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe ist unbefristet und nicht übertragbar. Sie gilt für die ganze Schweiz (Art. 18 Abs. 1 NIV).

Die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe berechtigt den Bewilligungsinhaber, die Ausführung von Installationsarbeiten seinen Betriebsangehörigen zu übertragen (vgl. Art. 10 Abs. 3 und 5 NIV). Als Betriebsangehörige gelten Personen, die der Bewilligungsinhaber fest angestellt hat, d.h. mit diesem in einem Arbeitsverhältnis nach Art. 319 ff. des Obligationenrechts (SR 220) stehen. Ferner gelten auch Personen als Betriebsangehörige, die der Bewilligungsinhaber von einem Temporärunternehmen ausleht.

Die elektrischen Installationen müssen nach den anerkannten Regeln der Technik erstellt, geändert, instand gehalten und kontrolliert werden. Sie dürfen bei bestimmungsgemäsem und möglichst auch bei voraussehbarem Betrieb oder Gebrauch sowie in voraussehbaren Störungsfällen weder Personen noch Sachen gefährden (Art. 3 Abs. 1 NIV).

Vor der Übergabe an den Eigentümer muss eine fachkundige Person nach Art. 8 oder ein Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) eine Schlusskontrolle durchführen und in einem Sicherheitsnachweis die Ergebnisse dieser Kontrolle festhalten (vgl. Art. 24 Abs. 2 NIV).

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die mit der Installationsbewilligung verbundenen Pflichten verletzt, insbesondere die vor-

geschriebenen Kontrollen nicht oder in schwerwiegender Weise nicht korrekt ausführt oder elektrische Installationen mit gefährlichen Mängeln dem Eigentümer übergibt, wird nach Art. 42 Bst. c NIV bestraft. Als Pflichtverletzung gilt auch das zur Verfügung Stellen der Bewilligung, d.h. das Melden von Installationsarbeiten, die durch Personen ausgeführt werden, die nicht im Betrieb des Bewilligungsinhabers angestellt sind, und das Ausstellen des Sicherheitsnachweises nach Beendigung dieser Arbeiten (vgl. Strafbescheid Nr. 103.10480 des Bundesamts für Energie BFE vom 15. Januar 2009).

Die Strafe ist in jedem Fall eine Busse, wobei deren Höhe vom Verschulden abhängt. Bei fahrlässiger Tatbegehung ist die Strafe Busse bis zu 10 000 CHF, die vorsätzliche Begehung wird mit Busse bis zu 100 000 CHF bestraft (vgl. Art. 55 des Elektrizitätsgesetzes [EleG; SR 734.0]).

Zuständig für die Durchführung des Verwaltungsstrafverfahrens ist das BFE (vgl. Art. 57 Abs. 1 EleG).

6. Widerruf der Bewilligung

Nach Art. 19 Abs. 2 Bst. a NIV wird die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe widerrufen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllt sind. Die Bewilligungsvoraussetzungen wurden unter Ziffer 2 erläutert.

Ferner wird die allgemeine Installationsbewilligung widerrufen, wenn der Bewilligungsinhaber oder sein Personal trotz Mahnung in schwerwiegender Weise gegen die NIV verstösst (vgl. Art. 19 Abs. 2 Bst. b NIV). Ein Verstoß gegen die NIV im Sinne dieser Bestimmung liegt beispielsweise vor, wenn ein Betrieb wiederholt eine Installation an den Eigentümer übergibt, ohne die vorgeschriebene Schlusskontrolle durchzuführen und deren Ergebnisse in einem Sicherheitsnachweis festzuhalten.

Der Widerruf der Bewilligung hat zur Folge, dass der Betrieb nicht mehr zum Ausführen von Installationsarbeiten berechtigt ist.

Das ESTI kann den Widerruf der allgemeinen Installationsbewilligung öffentlich bekannt geben (vgl. Art. 19 Abs. 3 NIV).

7. Schlussbemerkung

Die Bewilligungsinhaber sollen sich ihrer aus der allgemeinen Installationsbewilligung fließenden Rechte und Pflichten stets bewusst sein. Um ein Verwaltungsstrafverfahren oder den Widerruf der Bewilligung zu vermeiden, hat der Betrieb seine Pflichten zu erfüllen und frühzeitig die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Bei Unklarheiten über seine Möglichkeiten steht das ESTI für Auskünfte gerne zur Verfügung.

Dario Marty, Chefingenieur

Autorisation générale d'installer pour une entreprise

(Conditions d'octroi, modification de l'autorisation, autorisation temporaire, punissabilité selon l'art. 42 OIBT, révocation de l'autorisation)

1. Introduction

Toute entreprise qui confie à ses collaborateurs l'établissement, la modification ou l'entretien d'installations électriques tombant dans le champ d'application de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT; RS 734.27), doit être titulaire d'une autorisation générale d'installer pour une entreprise accordée par l'Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI (cf. art. 6 ss OIBT).

L'OIBT prévoit ce régime de l'autorisation afin de prévenir les dangers et dommages pouvant être causés par les installations électriques. Seule la personne du métier au sens de l'art. 8 OIBT, donc qui a fait une formation qualifiée, peut exercer dans une entreprise la surveillance technique de façon efficace afin de remplir cet objectif. Le non-respect du régime de l'autorisation est punissable (cf. art. 42, let. a OIBT).

Les conditions à remplir par une entreprise d'installation électrique pour que lui soit octroyée une telle autorisation sont précisées ci-après. En outre, il sera exposé dans quels cas il est nécessaire de modifier l'autorisation ou d'obtenir une autorisation temporaire. Finalement, il sera montré ce que l'autorisation permet à l'entreprise ou ne lui permet pas (punissabilité) et dans quels cas l'autorisation est révoquée.

2. Conditions d'octroi de l'autorisation

L'autorisation générale d'installer est accordée aux entreprises qui occupent une personne du métier, intégrée de telle sorte qu'elle puisse surveiller efficacement les travaux d'installation (responsable technique). En outre, les entreprises doivent offrir toute garantie qu'elles se conforment aux prescriptions de l'OIBT (art. 9, al. 1 OIBT).

Pour 20 contrôleurs/chefs monteurs-électriciens (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique), monteurs-électriciens, électriciens de montage, apprentis ou auxiliaires occupés à des travaux d'installations, les entreprises doivent affecter à la surveillance technique au moins une personne du métier à plein temps (cf. art. 10, al. 1 OIBT). L'emploi à temps partiel du responsable technique est possible à certaines conditions. A ce sujet il est renvoyé à la communication ESTI dans le Bulletin SEV/VSE 13/2008 (www.esti.admin.ch > Documentation > ESTI Communications > Emploi à temps partiel du responsable technique dans une entreprise d'installation électrique; conditions et contrôles).

L'entreprise qui demande l'octroi de l'autorisation générale d'installer, doit déposer une demande complète auprès de l'ESTI. Le formulaire de demande est disponible sur internet (www.esti.admin.ch > Documentation > Formulaires > OIBT).

Sur la base des documents présentés, l'ESTI vérifie le respect des conditions. Si nécessaire, l'ESTI procède à d'autres constatations de faits en effectuant par exemple un entretien avec la personne du métier mentionnée dans la demande étant à l'âge de la retraite pour vérifier si celle-ci peut encore exercer la surveillance technique de façon efficace (voir pour l'admissibilité: www.esti.admin.ch > Documentation > ESTI Communications > Autorisation générale d'installer pour entreprises et efficacité de la surveillance technique, Décisions fondamentales de la Commission fédérale de recours en matière d'infrastructures et d'environnement [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Si toutes les conditions sont remplies, l'ESTI accorde à l'entreprise l'autorisation générale d'installer.

L'octroi de l'autorisation est soumis à émolument. Les émoluments actuels pour les autorisations selon l'OIBT sont téléchargeables sur internet (www.esti.admin.ch > Documentation > Emoluments > Tarif des émoluments pour les autorisations selon OIBT).

3. Modification de l'autorisation d'installer

Dès qu'une entreprise est en possession de l'autorisation générale d'installer, elle est responsable, en tant que titulaire de l'autorisation, du respect des prescriptions légales. Selon l'art. 19, al. 1 OIBT, elle doit annoncer dans les 2 semaines à l'ESTI tout fait nécessitant une modification de l'autorisation d'installer. De tels faits peuvent être les suivants:

- changement de raison sociale;
- changement d'adresse;
- modification essentielle de l'organisation de l'entreprise, ayant des répercussions sur le taux d'occupation du responsable technique/des responsables techniques;
- départ de personnes du métier mentionnées dans l'autorisation;
- embauche de personnes du métier supplémentaires qui doivent être autorisées à signer vis-à-vis des exploitants de réseaux.

Ces faits doivent également être annoncés à l'ESTI à l'aide du formulaire de demande (voir ci-dessus).

L'ESTI vérifie alors si le titulaire de l'autorisation respecte les prescriptions de l'OIBT également en présence de ces nouveaux faits. Si les conditions sont remplies, l'ESTI modifie l'autorisation selon la demande.

La modification de l'autorisation est également soumise à émolument (voir ci-dessus).

4. Autorisation temporaire

Il se peut qu'une entreprise n'emploie momentanément aucune personne du métier, par ex. parce que celle-ci a quitté l'entreprise et que l'entreprise n'a pas encore pu engager une nouvelle personne du métier, ou parce que l'ESTI a constaté que la personne du métier à l'âge de la retraite ne dispose plus de connaissances techniques suffisantes pour que la surveillance technique soit efficace et que la recherche d'une nouvelle personne du métier n'a pas encore abouti. Afin que l'entreprise reste tout de même autorisée à effectuer des travaux d'installation, l'ESTI peut lui accorder une autorisation temporaire (cf. art. 11 OIBT).

Cette autorisation est octroyée à condition que l'entreprise emploie au moins un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique) ou une personne remplissant les mêmes conditions que les électriciens d'exploitation (art. 13) (cf. art. 11, al. 1 OIBT). En outre, cette personne doit être employée à plein temps dans l'entreprise et ne doit pas surveiller plus de 20 collaborateurs occupés à des travaux d'installation (cf. art. 10, al. 1 OIBT).

L'entreprise doit déposer auprès de l'ESTI une demande complète d'octroi de l'autorisation temporaire à l'aide du formulaire de demande, lequel est également disponible sur internet (voir ci-dessus).

Si les conditions sont remplies, l'autorisation temporaire est accordée à l'entreprise pour 6 mois; elle peut être prolongée de 6 mois au plus (art. 11, al. 2 OIBT). Ensuite, une prolongation ultérieure est exclue, car cela contredirait l'objectif de l'OIBT étant de prévenir les dangers et dommages pouvant être causés par les installations électriques (cf. arrêt A-5837/2008 du Tribunal administratif fédéral du 3 avril 2009).

L'octroi de l'autorisation temporaire ainsi que sa prolongation sont également soumis à émolument (voir ci-dessus).

Pendant la durée de validité de l'autorisation temporaire, l'entreprise est autorisée à effectuer tous les travaux d'installation sous la responsabilité technique de la personne mentionnée dans l'autorisation. Le contrôle final selon l'art. 24, al. 2 OIBT doit cependant toujours être exécuté par un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique) ou une personne du métier.

L'ESTI surveille tout spécialement les travaux d'installation des entreprises au bénéfice d'une autorisation temporaire. Les frais sont à la charge du titulaire de l'autorisation (cf. art. 11, al. 3 OIBT). L'ESTI accomplit cette tâche en inspectant au moins 1 fois l'entreprise au cours des 6 mois de validité de l'autorisation. Lors de cette inspection, l'ESTI contrôle si l'entreprise respecte les prescriptions de l'OIBT, en particulier si l'entreprise installe selon les règles techniques reconnues. A cette fin, les travaux effectués sont contrôlés par sondages par l'ESTI. Mais la responsabilité de l'exécution correcte des travaux d'installation reste toujours celle de l'entreprise ou de son personnel.

5. Exécution de travaux d'installation – punissabilité selon l'art. 42 OIBT

En vertu de l'art. 42, let. a OIBT, sera puni celui qui intentionnellement ou par négligence aura exécuté des travaux d'installation sans posséder l'autorisation requise (art. 6). C'est pourquoi toute entreprise nécessite une autorisation pour effectuer des travaux d'installation. Dans le cas contraire, l'entreprise encoure une peine.

L'autorisation générale d'installer pour une entreprise est illimitée dans le temps et intransmissible. Elle est valable dans toute la Suisse (art. 18, al. 1 OIBT).

L'autorisation générale d'installer pour une entreprise autorise le titulaire de l'autorisation à confier à ses collaborateurs l'exécution des travaux d'installation (cf. art. 10, al. 3 et 5 OIBT). Sont des collaborateurs les personnes qui ont un emploi fixe dans l'entreprise du titulaire de l'autorisation, c'est-à-dire qui ont conclu avec ce dernier un

contrat de travail selon les art. 319 ss du droit des obligations (RS 220). Sont également des collaborateurs de l'entreprise les personnes louées par le titulaire de l'autorisation à une entreprise de travail temporaire.

Les installations électriques doivent être établies, modifiées, entretenues et contrôlées selon les règles techniques reconnues. Elles ne doivent mettre en danger ni personnes ni choses lorsque leur exploitation et leur utilisation sont correctes et si possible, lorsque les règles à ce sujet sont enfreintes de manière prévisible, ou encore en cas de dérangement prévisible (art. 3, al. 1 OIBT).

Avant la remise au propriétaire, un contrôle final propre à l'entreprise doit être exécuté par une personne du métier selon l'art. 8 ou par un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique), et les résultats sont consignés dans un rapport de sécurité (cf. art. 24, al. 2 OIBT).

Celui qui intentionnellement ou par négligence aura contrevenu aux obligations découlant d'une autorisation d'installer, notamment en négligeant d'effectuer les contrôles prescrits ou en les effectuant de façon gravement incorrecte ou en remettant au propriétaire des installations électriques qui présentent des défauts dangereux, sera puni selon l'art. 42, let. c OIBT. Vaut également comme manquement à ses obligations le fait de mettre à disposition l'autorisation, c'est-à-dire d'annoncer des travaux d'installation exécutés par des personnes qui ne sont pas employées par le titulaire de l'autorisation, ainsi que d'établir le rapport de sécurité après achèvement de ces travaux (cf. mandat de répression n° 103.10480 de l'Office fédéral de l'énergie OFEN du 15 janvier 2009).

Dans tous les cas, la peine est une amende dont le montant dépend de la faute. En cas d'infraction par négligence, l'amende peut s'élever jusqu'à CHF 10 000, l'infraction commise intentionnellement est punie d'une amende jusqu'à CHF 100 000 (cf. art. 55 de la loi sur les installations électriques [LIE; RS 734.0]).

L'OFEN est l'organisme compétent pour l'exécution de la procédure pénale administrative (cf. art. 57, al. 1 LIE).

6. Révocation de l'autorisation

Selon l'art. 19, al. 2, let. a OIBT, l'autorisation générale d'installer pour une entreprise est révoquée si les conditions d'octroi ne sont plus remplies. Les conditions d'octroi de l'autorisation ont été mentionnées au chiffre 2.

En outre, l'autorisation générale d'installer est révoquée si malgré un avertissement, le titulaire de l'autorisation ou son personnel enfreignent gravement l'OIBT (cf. art. 19, al. 2, let. b OIBT). Comme infraction à l'OIBT au sens de cette disposition est considéré par exemple le fait qu'une entreprise remette à plusieurs reprises une installation au propriétaire sans effectuer le contrôle final prescrit et sans consigner les résultats dans un rapport de sécurité.

La révocation de l'autorisation a pour conséquence que l'entreprise n'est plus autorisée à effectuer des travaux d'installation.

L'ESTI peut rendre publique la révocation de l'autorisation générale d'installer (cf. art. 19, al. 3 OIBT).

7. Remarque finale

Les titulaires d'autorisation doivent être en permanence conscients de leurs droits et obligations découlant de l'autorisation générale d'installer. Afin d'éviter une procédure pénale administrative ou la révocation de l'autorisation, l'entreprise doit remplir ses obligations et prendre à temps les mesures nécessaires. En cas de doutes sur ses possibilités, l'ESTI se tient volontiers à disposition pour tout renseignement.

Dario Marty, ingénieur en chef

Kontakt/contact/contatto

Hauptsitz/siège/sede centrale

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tél. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung/succursale

ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Autorizzazione generale d'installazione per imprese

(condizioni per il suo rilascio, modifica dell'autorizzazione, autorizzazione sostitutiva, punibilità in virtù dell'art. 42 OIBT, revoca dell'autorizzazione)

1. Introduzione

Ogni impresa, che affida ai suoi dipendenti l'esecuzione, la modifica o la riparazione di impianti elettrici, che rientrano nel campo d'applicazione dell'ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT; RS 734.27), deve essere in possesso di un'autorizzazione generale d'installazione, rilasciata dall'ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI (cfr. art. 6 segg. OIBT).

L'OIBT prevede l'obbligo dell'autorizzazione, per evitare pericoli e danni che possono risultare da impianti elettrici. Solo chi è considerato persona del mestiere ai sensi dell'art. 8 dell'OIBT, e che ha perciò assolto una formazione qualificata, può eseguire in modo efficiente la sorveglianza tecnica in un'impresa, per raggiungere questo scopo. Per l'inosservanza dell'obbligo di detenere un'autorizzazione è prevista una pena (cfr. art. 42 lett. a OIBT).

Qui appresso vengono illustrate le condizioni che un'impresa, che esegue installazioni elettriche, deve soddisfare, affinché possa esserle rilasciata una tale autorizzazione. Viene inoltre spiegato in quali casi è necessaria una modifica dell'autorizzazione rispettivamente un'autorizzazione sostitutiva. Infine viene mostrato cosa in virtù dell'autorizzazione l'impresa è abilitata rispettivamente non è abilitata a fare (punibilità) e in quali casi l'autorizzazione viene revocata.

2. Condizioni per il rilascio dell'autorizzazione

L'autorizzazione generale d'installazione viene rilasciata alle imprese, se occupano una persona del mestiere integrata in tal modo nell'impresa da poter esercitare con efficacia la sorveglianza tecnica sui lavori d'installazione (responsabile tecnico). Le imprese devono inoltre offrire la garanzia di rispettare le prescrizioni dell'OIBT (art. 9 cpv. 1 OIBT).

Per 20 controllori di impianti elettrici/capo montatori (attualmente denominati: consulenti in materia di sicurezza per impianti elettrici), montatori elettricisti, elettricisti di montaggio, apprendisti o ausiliari occupati nel settore dell'installazione, le imprese devono occupare a tempo pieno almeno una persona del mestiere incaricata della sorveglianza tecnica (cfr. art. 10 cpv. 1 OIBT). L'occupazione a tempo parziale del responsabile tecnico è consentita a determinate condizioni. A tale proposito si rimanda alla

comunicazione ESTI nel Bulletin SEV/VSE 13/2008 (www.esti.admin.ch > Documentazione > ESTI Comunicazioni > Occupazione a tempo parziale del responsabile tecnico in un'impresa che esegue installazioni elettriche; condizioni e controllo).

L'impresa che richiede il rilascio dell'autorizzazione generale d'installazione deve presentare una domanda completa all'ESTI. Il modulo di richiesta può essere scaricato dal sito internet (www.esti.admin.ch > Documentazione > Formulare > OIBT).

Sulla base dei documenti presentati l'ESTI verifica che le condizioni siano rispettate. Se necessario, l'ESTI esegue ulteriori accertamenti, ad esempio effettuando un colloquio con la persona del mestiere in età di pensionamento menzionata nella domanda, per verificare se è ancora in grado di eseguire in modo efficiente la sorveglianza tecnica (in merito all'ammissibilità vedere: www.esti.admin.ch > Documentazione > ESTI Comunicazioni > Autorizzazione generale d'installazione per imprese ed efficacia della sorveglianza tecnica, Decisioni di base della Commissione federale di ricorso in materia di infrastrutture e ambiente [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Se tutte le condizioni sono soddisfatte, l'ESTI rilascia all'impresa l'autorizzazione generale d'installazione.

La concessione dell'autorizzazione è soggetta a tassa. Il tariffario attuale degli emolumenti per autorizzazioni secondo l'OIBT è consultabile in Internet (www.esti.admin.ch > Documentazione > Emolumenti > Emolumenti per autorizzazioni secondo l'OIBT).

3. Modifica dell'autorizzazione d'installazione

Non appena un'impresa è in possesso dell'autorizzazione generale d'installazione, in quanto titolare dell'autorizzazione è responsabile dell'osservanza delle disposizioni di legge. Ai sensi dell'art. 19 cpv. 1 OIBT il titolare dell'autorizzazione è tenuto a notificare all'ESTI, entro 2 settimane, ogni fattispecie che richiede una modifica dell'autorizzazione d'installazione. Tali fatti possono essere:

- modifica del nome della ditta;
- cambiamento di indirizzo;
- modifica essenziale dell'organizzazione aziendale, che si ripercuote sul grado di occupazione del responsabile tecnico/ dei responsabili tecnici;

- partenza dalla ditta di persone del mestiere menzionate nell'autorizzazione;
- assunzione di persone del mestiere supplementari, che devono avere diritto di firma nei confronti dei gestori.

Questi fatti devono pure essere notificati all'ESTI mediante il modulo di richiesta (vedere sopra).

L'ESTI verifica poi se il titolare dell'autorizzazione rispetta le disposizioni dell'OIBT anche in presenza di questi nuovi fatti. Se le condizioni sono soddisfatte, l'ESTI modifica l'autorizzazione in funzione della richiesta.

La modifica dell'autorizzazione è pure soggetta a tassa (vedere sopra).

4. Autorizzazione sostitutiva

Può succedere che temporaneamente un'impresa non occupi una persona del mestiere, ad es. poiché quest'ultima ha lasciato l'azienda, che non ha ancora potuto assumere una nuova persona del mestiere, o poiché l'ESTI ha constatato che la persona del mestiere in età di pensionamento non dispone più di conoscenze tecniche sufficienti per poter effettuare la sorveglianza tecnica in modo efficiente e la ricerca di una nuova persona del mestiere non è ancora stata coronata da successo. Affinché l'impresa possa continuare ciononostante ad essere autorizzata ad eseguire lavori d'installazione, l'ESTI può rilasciarle un'autorizzazione sostitutiva (cfr. art. 11 OIBT).

A condizione che l'impresa occupi almeno un controllore di impianti elettrici/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) o una persona, che soddisfi le condizioni poste agli elettricisti di fabbrica (art. 13) (cfr. art. 11 cpv. 1 OIBT). Inoltre tale persona deve essere occupata nell'impresa a tempo pieno e non può sorvegliare più di 20 dipendenti occupati nel settore dell'installazione (cfr. art. 10 cpv. 1 OIBT).

L'impresa deve inoltrare all'ESTI una domanda completa per il rilascio di un'autorizzazione sostitutiva mediante il modulo di richiesta, che può pure essere scaricato dal sito Internet (vedere sopra).

Se le condizioni sono soddisfatte, all'impresa viene rilasciata un'autorizzazione sostitutiva per 6 mesi; essa può essere prorogata al massimo di 6 mesi (art. 11 cpv. 2 OIBT). Trascorso questo termine, è esclusa un'ulteriore proroga dell'autorizzazione, poiché ciò sarebbe in contraddizione con lo

scopo dell'OIBT, ossia il fatto di evitare i pericoli e i danni che possono risultare da impianti elettrici (cfr. la decisione A-5837/2008 del Tribunale amministrativo federale del 3 aprile 2009).

Il rilascio dell'autorizzazione sostitutiva e quello della relativa proroga sono pure soggetti a tassa (vedere sopra).

Durante il periodo di validità dell'autorizzazione sostitutiva l'impresa ha il diritto di eseguire tutti i lavori d'installazione sotto la direzione tecnica della persona menzionata nell'autorizzazione. Il controllo finale conformemente all'art. 24 cpv. 2 OIBT deve però essere eseguito come finora da un controllore di impianti elettrici/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) o da una persona del mestiere.

Fintantoché l'azienda è in possesso di un'autorizzazione sostitutiva, l'ESTI deve sorvegliare le attività d'installazione con particolare attenzione. I costi sono a carico del titolare dell'autorizzazione sostitutiva (cfr. art. 11 cpv. 3 OIBT). L'ESTI adempie a questo compito ispezionando l'impresa almeno 1 volta entro la fine del periodo di validità di 6 mesi dell'autorizzazione. In occasione di questa ispezione l'ESTI controlla se l'impresa rispetta le disposizioni dell'OIBT, in particolare se installa secondo le regole riconosciute della tecnica. A tale scopo l'ESTI controlla i lavori eseguiti effettuando controlli saltuari. L'impresa rispettivamente il suo personale sono però sempre responsabili della corretta esecuzione dei lavori d'installazione.

5. Esecuzione di lavori d'installazione – punibilità secondo l'art. 42 OIBT

Secondo l'art. 42 lett. a OIBT è punito chiunque, intenzionalmente o per negligenza esegue lavori d'installazione, senza la necessaria autorizzazione (art. 6). Per eseguire lavori d'installazione ogni impresa necessita pertanto di un'autorizzazione. In caso contrario è passibile di pena.

L'autorizzazione generale d'installazione per imprese è illimitata e non è trasferibile. Vale per tutta la Svizzera (art. 18 cpv. 1 OIBT).

L'autorizzazione generale d'installazione per imprese autorizza l'impresa detentrici ad affidare l'esecuzione dei lavori d'installazione ai suoi dipendenti (cfr. art. 10 cpv. 3 e 5 OIBT). Sono considerate dipendenti dell'impresa le persone che hanno un impiego fisso presso il titolare dell'autorizzazione, vale a dire che intrattengono con quest'ultimo un rapporto di lavoro secondo l'art. 319 segg. del Codice delle obbligazioni (RS 220). Sono considerate dipendenti dell'impresa anche le persone che il titolare dell'autorizzazione prende in parte in prestito da un'azienda di occupazione temporanea.

Gli impianti elettrici devono essere costruiti, modificati, mantenuti in esercizio e controllati secondo le regole riconosciute della tecnica. Essi non devono mettere in pericolo persone e cose se sono usati o esercitati correttamente, e, per quanto possibile, anche se è prevedibile che le regole a questo proposito non siano rispettate nonché nei casi di perturbazioni prevedibili (art. 3 cpv. 1 OIBT).

Prima della consegna al proprietario, una persona del mestiere definita secondo l'art. 8 o un controllore elettricista/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) deve effettuare un controllo finale e raccogliere i risultati in un rapporto di sicurezza (cfr. art. 24 cpv. 2 OIBT).

Chi contravviene agli obblighi connessi con l'autorizzazione, in particolare non esegue o esegue in modo manifestamente scorretto i controlli o consegna al proprietario impianti elettrici con difetti pericolosi, viene punito secondo l'art. 42 lett. c OIBT. Viene pure considerato violazione dell'obbligo il fatto di mettere a disposizione l'autorizzazione, ossia la notifica di lavori d'installazione eseguiti da persone, che non sono impiegate nell'impresa del titolare dell'autorizzazione, e il fatto di rilasciare il rapporto di sicurezza alla fine di tali lavori (cfr. la decisione sanzionatoria n. 103.10480 dell'Ufficio federale dell'energia UFE del 15 gennaio 2009).

In ogni caso la pena è una multa il cui ammontare dipende dall'entità della colpa.

In caso di infrazione colposa, la pena è della multa fino a CHF 10 000, per infrazioni commesse intenzionalmente viene comminata una multa fino a CHF 100 000 (cfr. art. 55 della legge sugli impianti elettrici [LIE; RS 734.0]).

L'UFE è responsabile dell'esecuzione della procedura penale amministrativa (cfr. art. 57 cpv. 1 LIE).

6. Revoca dell'autorizzazione

Secondo l'art. 19 cpv. 2 lett. a OIBT l'autorizzazione generale d'installazione per imprese viene revocata, se le condizioni per il rilascio non sono più soddisfatte. Le condizioni per il rilascio dell'autorizzazione sono state illustrate al punto 2.

L'autorizzazione generale d'installazione viene inoltre revocata, se nonostante diffida il titolare dell'autorizzazione o il suo personale infrangono gravemente l'OIBT (cfr. art. 19 cpv. 2 lett. b OIBT). Vi è violazione dell'OIBT ai sensi della presente disposizione se ad esempio un'impresa consegna ripetutamente al proprietario un impianto, senza effettuare il controllo finale prescritto e senza riportarne i risultati in un rapporto di sicurezza.

La revoca dell'autorizzazione ha come conseguenza che l'impresa non è più autorizzata a eseguire lavori d'installazione.

L'ESTI può rendere pubblica la revoca dell'autorizzazione generale d'installazione (cfr. art. 19 cpv. 3 OIBT).

7. Considerazione finale

I titolari di autorizzazioni devono sempre essere consapevoli dei diritti e degli obblighi derivanti dall'autorizzazione generale d'installazione. Per evitare una procedura penale amministrativa o la revoca dell'autorizzazione, l'impresa deve adempiere ai suoi obblighi e prendere per tempo le misure necessarie. In caso di dubbi sulle sue prerogative l'ESTI è a disposizione per ulteriori informazioni.

Dario Marty, ingegnere capo